

Holger Ellerbrock (FDP): Habe ich Ihren Worten zu Recht entnommen, dass Sie eine gute Zusammenarbeit mit der DEHOGA pflegen, die Ihr System hier stützt?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich sagte ja bereits, dass unsere Meinungen da auseinandergehen. Was die Zusammenarbeit angeht, kann ich aber nicht klagen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Nun liegen keine weiteren Nachfragen mehr vor. Ich danke Herrn Minister Remmel für die Beantwortung der Fragen. Damit haben wir fast pünktlich die Fragestunde beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

6 Gesetz zur Änderung des § 13 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2371 – Neudruck

erste Lesung

Die Beratung eröffnet für die antragstellende Fraktion Herr Hauser.

Benedikt Hauser (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie kehren nach einer langen Urlaubsreise in Ihre Heimatstadt zurück, die für Sie eine Stadt mit einer bestimmten historischen Bedeutung ist, zum Beispiel die Stadt des Westfälischen Friedens, und Sie können dies am Ortseingangsschild auch dokumentiert sehen. Oder stellen Sie sich vor, Sie kehren in eine Stadt zurück, die für eine bestimmte landwirtschaftliche Produktion steht, und Sie können das bei der Einfahrt in den Ort am Ortsschild zusätzlich wiedererkennen.

Das ist wohl etwas, was, wie die Resonanz auf unseren Antrag gezeigt hat, viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserem Land für gut halten.

Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin mal aus einer dpa-Meldung zitieren, welche Gedanken sich viele Städte – größere und kleinere – inzwischen über die Frage machen: Wie können wir unseren Ortsnamen, unseren Stadtnamen ergänzen durch ein Identifikationsmerkmal, mit dem auch wir als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt uns identifizieren? – Essen zum Beispiel würde als Beinamen eventuell Kulturhauptstadt oder Einkaufsstadt nehmen. Münster würde, wie eben schon zitiert, beispielsweise den Westfälischen Frieden zum Motto nehmen. Aachen ist mit Kaiserstadt, Stadt der Krönung, Wissenschaftsstadt und Pferdesportstadt im Rennen bei den Überlegun-

gen über ein Leitbild. Das ist der eigentliche Sinn dieses Antrages.

Ich will jetzt nicht diese Namensgebungen unterstützen. Das ist aber der Reiz an dieser Situation: Das gibt den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen die Möglichkeit, die Leitbilddiskussion, die sowieso sinnvollerweise in Städten stattfinden sollte, noch einmal mit einem Symbolbegriff zu verbinden und diesen dann in der Tat in das Etikett der Stadt miteinzubinden.

Diese Möglichkeit ist durch eine Änderung der Straßenverkehrsordnung bundesweit grundsätzlich gegeben. Wir sind in Nordrhein-Westfalen aber noch nicht so weit, haben in unserer Gemeindeordnung noch nicht die Regelungen, die notwendig sind, damit die Straßenverkehrsordnung bei Namenszusätzen in Nordrhein-Westfalen Anwendung finden kann.

Ausnahmen bestätigen die Regel. Ich selbst spreche nicht pro domo, weil ich Landtagsabgeordneter der Bundesstadt Bonn bin, die einen solchen Namenszusatz schon tragen kann. In der Tat führt ein Motto zu zusätzlichen Identifikationen mit einer Stadt.

Insofern ist es, glaube ich, richtig, eine solche Möglichkeit zu schaffen und in den einzelnen Kommunen einen Denk-, Meinungsbildungs- und Diskussionsprozess über das Leitbild der Kommunen zu befördern und einzuführen. Deswegen freuen wir uns, dass bei der Koalition unsere Einladung, bei diesem Thema gemeinsam tätig zu werden, augenscheinlich große Annahme findet, dass wir den Kommunen ein Stückchen mehr Freiheit geben können, ihr eigenes Leitbild, ihre eigene Namensgebung und damit auch Denkprozesse in ihren Kommunen zu befördern. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hauser. – Als Nächster spricht für die SPD-Fraktion Herr Hübner.

Michael Hübner (SPD): Meine Damen und Herren! Liebe Präsidentin! Herr Hauser, die Einladung nehmen wir an. Wir sind die Koalition der Einladung. Das gilt auch umgekehrt. Es ist in der Tat ein guter Vorschlag. Der hätte von uns kommen können und eigentlich auch müssen. Trotzdem erkennen wir die Güte des Vorschlages an und sind bereit, im Ausschuss darüber zu reden.

Das Vorhaben ist grundsätzlich regional identitätsstiftend; dazu haben wir uns schon entsprechend geäußert. Ich will ein anderes Beispiel nennen, wo es auch Fortschritte geben wird: Das ist offensichtlich bei der Kennzeichenliberalisierung der Fall. Wenn man wie ich aus einer kreisangehörigen Stadt kommt, die früher einmal kreisfrei war, so hat GLA

einen Bezug. Beides ist sehr hilfreich für die weitere Diskussion.

Man kann auch am heutigen „Pressespiegel“ erkennen, dass viele Städte bereits auf den Zug aufgesprungen sind und über ihre Zeitung versuchen, ein Meinungsbild aufzunehmen, wie es vor Ort aussieht. Es gibt die InnovationCity Bottrop – da ich gerade die Kollegin aus Bottrop sehe. Vielleicht ist auch das etwas, was den Namen der Stadt ergänzen kann.

Ich möchte an eine Schwierigkeit im Kreis Recklinghausen erinnern. Haltern am See hat ein äußerst bürokratisches Verfahren durchlebt, dass es überhaupt Haltern am See heißen darf. Wenn wir zu Verfahren kommen, wo es sinngemäß für die Stadt ist, einen ordentlichen Namenszusatz vorzusehen, dann ist das gut. Das wollen wir ermöglichen. Über die Begrenzungen werden wir in der weiteren Diskussion im Ausschuss zu sprechen haben. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hübner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in einer Pressemitteilung schon dargelegt, dass wir den Vorschlag sinnvoll finden und dass wir ihn in den Beratungen des Ausschusses positiv begleiten werden.

Natürlich gibt es die ersten Umfragen, was man denn machen könnte, welche Städte man umbenennen könnte. Meine Heimatstadt hatte den „Supereinfall“ „Essen – die starke Stadt“ zu nehmen. Das finde ich nicht so prickelnd. Ich kann auch nur davon abraten, das als reinen Promotiongag anzusehen.

Ich schlage den Ruhrgebietskommunen wie schon vor einem Jahr vor, unisono „Ruhrstadt“ vor den Stadtnamen zu schreiben, um die Einheit des Ruhrgebietes zu dokumentieren. Das werden wir aber an anderer Stelle diskutieren müssen.

Bei Leverkusen wäre „Vizemeister-Stadt“ eine Möglichkeit.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich kann auch nur davor warnen, dass Dortmund sich möglicherweise „Meisterstadt“ nennt. Das ist, wenn man auf Platz 15 oder 16 der Tabelle steht, ein bisschen peinlich.

Trotzdem halten wir es für richtig, diesen Vorstoß zu machen, auch wenn das im Moment nicht das zentrale Thema der politischen Auseinandersetzung ist.

Man könnte wichtigere und auch andere Themen ansprechen, die von Interesse sind. Aber trotzdem: Wenn so ein Vorschlag kommt und der in Ordnung ist, werden wir uns damit positiv auseinandersetzen. Ich gehe davon aus, dass wir in der Anhörung entsprechende Anregungen für ein anständiges Gesetzgebungsverfahren bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem Schulkonsens von heute Vormittag zeichnet sich offensichtlich ein Konsens über die neuen gelben Ortstafeln ab. Ich finde das richtig und kann es total unterstützen.

Es gibt natürlich auch im Lande – das haben wir eben gehört – schon die eine oder andere kreative Idee. Da kann man auf ganz verschiedene Gedanken kommen. Ich glaube nicht, dass die Kölner auf ihre Ortstafel schreiben würden „Domstadt“, was auf die große Kirche – Sie kennen sie – da am Rhein hinweisen würde, weil die weltweit bekannt ist. – Aber Spaß beiseite.

Bisher haben wir eher verwaltungsorientierte Zusätze. Eben haben wir vom Kollegen Hauser gehört: Bundesstadt – verwaltungsorientiert. So nach dem Motto: Guckt mal, wir waren früher die Größten. Oder „Landeshauptstadt“ geht immer noch. Das ist nicht gemeint.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Die Kollegen haben vielmehr vorgetragen im Sinne von identitätsstiftend, Leitbild, Kultur – das alles auch ein bisschen auf der Ortstafel. Ich sage Ihnen vorweg: Wir unterstützen das. Und ich meine, wir brauchen auch keine Anhörung. Das könnte so laufen.

Ich würde aber, weil wir ja das Hindernis „Gemeindeordnung“ kennen, den Innenminister bitten: Überlegen Sie einmal, ob wir den Streit in Hagen vielleicht während des Verfahrens schon lösen können. Denn wir haben ja mitbekommen: Der ehemalige Kollege Diegel von der CDU, seinerzeit RP Arnsberg, und jetzt der Kollege Prof. Bollermann, sein Nachfolger, konnten das Ding nicht lösen. Sie sind natürlich dem Gesetz und Recht verpflichtet, aber wir haben doch Sympathie dafür, und das spürt man ja auch. Wenn Hagen auf das Ortsschild schreibt „Die Stadt der FernUniversität“, dann kann ich nur Beifall klatschen. Vielleicht können Sie da sagen: Während des Gesetzgebungsverfahrens ist das schon erlaubt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von Reiner Priggen [GRÜNE])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Abgeordnete Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt drängende Probleme, wie beispielsweise die Zukunft der WestLB oder die dramatische Haushaltssituation der Kommunen, und es gibt kleinere Problemchen. Bei dem vorliegenden Antrag der CDU handelt es sich definitiv um Letzteres.

Die CDU möchte, ich zitiere aus ihrem Antrag, „die Identifikation der Bürger mit ihren Gemeinden ... fördern und auch die Profile der nordrhein-westfälischen Kommunen ... schärfen“.

Das ist sehr löblich, meine Damen und Herren. Wie will die CDU das erreichen? – Sie möchte es den Gemeinden ermöglichen, neue gelbe Ortseingangsschilder an den Straßen aufzustellen. Das ist sehr nett. Es ist sicherlich sehr nett, wenn Städte und Gemeinden versuchen können, über solche Hilfsmittel die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt zu verbessern.

Aber der eigentliche Kern des Problems ist doch ein ganz anderer: Kommunen, die pleite sind und deshalb gezwungen werden, soziale Einrichtungen zu schließen, die gezwungen werden, alle Annehmlichkeiten für ihre Bürgerinnen und Bürger wegzukürzen, die gezwungen werden, Schwimmbäder und Sportplätze zu schließen,

(Zuruf von der CDU: Was hat das mit dem Ortsschild zu tun?)

diese Kommunen können gar nicht attraktiv für ihre Bürgerinnen und Bürger sein.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Kommunen können gar keine positiven Identifikationen schaffen.

Deshalb fällt alles wieder auf das Thema Kommunalfinanzen zurück. Hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir die Situation verbessern. Hier haben CDU und FDP unter Rüttgers, aber auch die Regierungen von SPD und Grünen unter Rau, Clement und Steinbrück die Kommunen im Regen stehen lassen.

(Beifall von der LINKEN)

Und auch die aktuelle Regierung tut nicht genug. Hier werden wir weiter Druck machen, um endlich wieder eine auskömmliche Finanzsituation zu schaffen, die die Kommunen wieder in die Lage versetzt, die soziale Infrastruktur auszubauen und wieder sogenannte freiwillige Leistungen zu tätigen, ohne gleich vom Sparkommissar der Bezirksregierung ein Stoppschild vorgehalten zu bekommen.

Erst dann, meine Damen und Herren, wird die Attraktivität nordrhein-westfälischer Kommunen wie-

der steigen, wie es sich die CDU in ihrem Antrag wünscht.

Dennoch: Der Antrag der CDU ist in Ordnung. Er bringt wenig, schadet aber auch nicht. Wir werden ihn unterstützen.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Es hat mich und meine Fraktion doch verwundert, dass Sie hier eine Praxis vorschlagen, die übrigens gang und gäbe und Praxis in der DDR war.

(Zurufe von der CDU und von der SPD)

Bereits in den 50er-Jahren gab es dort solche Namenszusätze, wie „Demokratisches Berlin“, später dann „Berlin – Hauptstadt der DDR“ oder eben „Karl-Marx-Stadt“.

Insofern freut es meine Fraktion und mich ganz besonders, wenn wir in Zukunft die „Friedrich-Engels-Stadt Wuppertal“, die „Atomwaffenfreie Stadt Neuss“,

(Beifall von Wolfgang Zimmermann [LINKE])

die „Stadt des Stahlarbeiterkampfes Duisburg“ oder die „Nazifreie Stadt Dortmund“ besuchen können.

Vor allen Dingen, meine Herren von der CDU, freut es mich, dass wir dies durch Ihre Initiative und mit unserer Unterstützung dann durchsetzen können.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Demirel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gute Ideen werden nicht dadurch schlechter, dass man nicht selber auf sie gekommen ist. Insofern betone ich für die Landesregierung, dass hinter dem Gesetzentwurf der CDU ganz sicher eine gute Absicht steckt, die Außenwirkung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch Namenszusätze zu verbessern.

Weil meine Vorrednerinnen und Vorredner sich so kurz gehalten haben, will ich dies möglichst auch tun. Ich verweise auf die gegenwärtige Rechtslage, die in der Tat nur ermöglicht, Zusätze wie „Stadt“, „Kreisstadt“ und zwei Besonderheiten, nämlich „Landeshauptstadt Düsseldorf“ und „Bundesstadt Bonn“ zu führen.

Die Absicht des Gesetzentwurfs ist es, die Stärken einer Stadt in der Bezeichnung, in der Namensgebung hervorzuheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da unterscheiden wir uns in einem kleinen Punkt, Herr Engel. Ich meine, dass dieser Gesetzentwurf eine Anhörung braucht. Ich bitte einfach nur, sich vor Augen zu führen: Ihr Gesetzentwurf sieht zurzeit nicht vor,

mit welcher qualifizierten Mehrheit eine solche Namensänderung oder Namensgebung im Rat auf Antrag zu beschließen ist. Die jetzige Rechtslage würde bei einer Namensänderung eine Dreiviertelmehrheit im Rat vorschreiben. Ich empfehle den Fraktionen, in der weiteren Beratung zumindest eine gewisse Hürde einzubauen, damit nicht durch plötzlich wechselnde Mehrheiten jeweils der Stadtname zu verändern wäre.

Außerdem glaube ich, dass wir im Rahmen der Anhörung erörtern sollten, was denn tatsächlich ein seriöser Anlass für die Veränderung eines Stadtnamens sein könnte. Hier sollten sicherlich zum Beispiel geschichtliche oder wirtschaftliche Bezüge im Vordergrund stehen.

Bei der weiteren Beratung des Gesetzentwurfs im Parlament stehen die Landesregierung und das Innenministerium Ihnen natürlich gerne hilfreich zur Verfügung. Wir haben schon einige Vorschläge erarbeitet, meine Damen und Herren: Duisburg als Binnenhafenstadt zu deklarieren oder, Herr Engel, Köln als Frohsinnsstadt

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Was?)

oder Ähnliches. Wenn es entsprechender Vorbereitungen bedarf, sind wir gerne für das Parlament unterstützend tätig. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 15/2371 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu

7 Unnötige Bürokratie im Gesundheitssystem vermeiden – Auf eine Meldepflicht für Borreliose verzichten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2373

Ich eröffne die Beratung. – Das Wort hat Herr Dr. Romberg für die FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Manche von Ihnen denken vielleicht schon an die Sommerpause, daran, dass sie durchs Gras streifen oder Wälder durchschreiten.

(Karl Schultheis [SPD]: Und dann kommen Sie! – Heiterkeit von der SPD und von der LINKEN)

Ich will Ihnen das heute nicht dadurch vermiesen, dass wir über Borrelien und Borreliose sprechen, eine Erkrankung, die durch Zeckenbisse übertragen wird und natürlich gerade im Sommer Hochkonjunktur hat.

Nun, nicht jeder Zeckenbiss macht uns krank. Die Borrelien übertragen sicherlich eine ernst zu nehmende Erkrankung, wenn man durch sie infiziert wird. Das geht zunächst mit einer Hautreizung einher. Später können Gelenksbeschwerden auftreten, aber es kann eben auch das zentrale Nervensystem befallen werden. Das kann auch einmal untypisch aussehen etwa wie ein Hexenschuss, der nicht verschwindet. Es können aber eben auch Hirnnerven gelähmt oder die Hirnhaut entzündet werden und schwere Krankheitsverläufe auftreten.

Aber nur rund 1 % der Zecken ist mit dem Bakterium *Borrelia burgdorferi* infiziert. Nicht jeder Zeckenbiss führt zu einer großen Gefahr. Dennoch ist es wichtig, dass Menschen darüber aufgeklärt sind, dass solche Erkrankungen hervorgerufen werden können, wie man sich vor Zecken schützen kann und was zu tun ist, wenn nach einem Zeckenbiss Beschwerden auftreten, etwa eine Hautrötung.

Es gibt Bundesländer, die jüngst eine Meldepflicht für die Borreliose eingeführt haben, nämlich das Saarland und Rheinland-Pfalz. Die neuen Bundesländer haben das schon in den 90-er Jahren gemacht.

Aus unserer Sicht ist eine gesetzliche Meldepflicht ein bedenklicher Weg, weil erstmals eine Erkrankung betroffen ist, die eigentlich nicht von Mensch zu Mensch übertragen werden kann. Bisher ist ein gesetzliches Meldesystem dafür da, eine Weitergabe von Mensch zu Mensch zu verhindern, die Gesundheitsbehörden zu alarmieren.

Es gibt die Betroffenenverbände, die sich sehr stark dafür einsetzen, eine Meldepflicht einzuführen. Aber das einzige Argument, mit dem man das wirklich unterstützten könnte, der einzige Benefit wäre, wäre die Möglichkeit der Datenerhebung.

Aber selbst diese Daten sind nicht unbedingt so stichhaltig. Das zeigt eine Erhebung aus Sachsen-Anhalt, für die 2009 offiziell 367 Borrelienfälle gemeldet wurden. Aber bei den kassenärztlichen Vereinigungen wurden nachher mehr als 1.200 Fälle abgerechnet. Das belegt, dass eine solche gesetzliche Meldepflicht nicht immer zu solidem Datenmaterial führt und es Untersuchungsmethoden wissen-